

Zusammenfassung

Digitale Technologien und Daten verändern unser Lebensumfeld. Menschen, Unternehmen und Staaten leben, kommunizieren, arbeiten und produzieren heute anders als in der Vergangenheit, und diese Veränderungen beschleunigen sich zusehends. Wie können wir das gewaltige Potenzial ausschöpfen, das digitale Technologien und Daten zur Steigerung von Wachstum und Lebensqualität in einer sich rasch wandelnden Welt bieten? Dieser Bericht soll Antworten auf diese Frage liefern. Er geht auf sieben Aspekte ein, bei denen die Regierungen – zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmen und anderen betroffenen Akteuren – ansetzen können, um den digitalen Wandel zu gestalten und die Lebensqualität zu erhöhen: 1. Zugang, 2. Nutzung, 3. Innovation, 4. Arbeitsplätze, 5. sozialer Wohlstand, 6. Vertrauen und 7. offene Märkte. In jedem dieser Bereiche zeigt der Bericht wesentliche Chancen, Herausforderungen und Maßnahmen auf. Außerdem liefert er neue Erkenntnisse, Daten und Analysen sowie Empfehlungen für eine bessere Politik im digitalen Zeitalter.



Zugang zu Kommunikationsinfrastrukturen, Dienstleistungen und Daten

Die Anforderungen an die Netze steigen, da immer mehr Menschen, Dinge und Aktivitäten digital vernetzt sind. 2022 werden weltweit drei vernetzte Geräte auf einen Einwohner kommen. In vielen Ländern hält die Netzwerkkapazität jedoch nicht mit dieser Entwicklung Schritt. Nur 7% der Bevölkerung im OECD-Raum verfügen über einen Glasfaserbreitbandanschluss. Um den Zugang zu Netzen, Dienstleistungen und Daten zu verbessern, sollten die zuständigen staatlichen Stellen Handels- und Investitionshindernisse verringern, Wettbewerb fördern, Verwaltungsverfahren vereinfachen und die Internetanbindung ländlicher bzw. entlegener Regionen verbessern. Daten sind zunehmend das Fundament des digitalen Wandels. Daher ist es entscheidend, dass der Datenzugang verbessert wird, u.a. durch Sharing-Mechanismen, die legitimen nationalen, privaten und sicherheitsrelevanten Interessen Rechnung tragen.



Effektive Nutzung von digitalen Technologien und Daten

Die meisten Menschen und Organisationen nutzen digitale Technologien, allerdings häufig, ohne deren Möglichkeiten voll auszuschöpfen. Zwar sind fast alle Unternehmen ans Internet angeschlossen, doch nur 33% der Großunternehmen und 11% der kleineren führen Big-Data-Analysen durch. Um die digitale Kluft zu schließen, müssen die nötigen Kompetenzen entwickelt werden: Derzeit verfügen nur 31% der Erwachsenenbevölkerung über ausreichende Problemlösekompetenzen, um in einer Welt erfolgreich zu sein, in der Technologien allgegenwärtig sind. Um eine effizientere Technologienutzung zu gewährleisten, sollte die Politik sicherstellen, dass alle über die nötigen Kompetenzen verfügen, um sich sicher in der digitalen Welt zu bewegen. Zudem sollte sie sich für eine schnellere Einführung und Verbreitung digitaler Technologien einsetzen, um das Produktivitätswachstum in den Unternehmen anzukurbeln – vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen. Darüber hinaus gilt es, Geschäftsdynamik und Strukturwandel sowie Investitionen in immaterielle Vermögenswerte (z.B. Patente und Software) zu fördern und E-Government-Dienste benutzerfreundlicher zu gestalten.



Datengesteuerte und digitale Innovationen

Datengesteuerte und digitale Innovationen gewinnen immer mehr an Bedeutung. Im ersten Halbjahr 2018 flossen 12% der Private-Equity-Investitionen weltweit in Start-ups, die im Bereich Künstliche Intelligenz tätig sind. Obwohl dieser Anteil in allen großen Volks-

wirtschaften weiter steigt, innovieren nicht alle Länder in gleicher Weise oder im gleichen Umfang. Im Zeitraum 2013-2016 entfielen in der Volksrepublik China rd. 60% aller Patente auf Informations- und Kommunikationstechnologien, im OECD-Raum hingegen nur 33%. Um die digitale Innovationstätigkeit anzukurbeln, sollte die Politik unternehmerische Initiative fördern, den Zugang zu Finanzierung erleichtern, Grundlagenforschung, Wissensverbreitung und Offene Wissenschaft fördern und den Zugang zu Verwaltungsdaten öffnen. Zudem sollte sie sektorübergreifend Experimente und neue Geschäftsmodelle fördern, beispielsweise durch mehr Flexibilität bei Rechtsanwendung und -durchsetzung (z.B. mit „regulatorischen Sandkästen“).



Gute Arbeitsplätze für alle

Arbeitswelt und Arbeitsmärkte verändern sich. Schätzungen zufolge dürften in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren 14% der Arbeitsplätze im OECD-Raum mit hoher Wahrscheinlichkeit automatisiert werden und weitere 32% erhebliche Veränderungen erfahren. Zugleich entfielen aber in den letzten zehn Jahren 40% der neu entstandenen Arbeitsplätze auf sehr digitalintensive Branchen. Parallel dazu haben sich neue Formen der Arbeit entwickelt. Um gute Arbeitsplätze für alle zu sichern, braucht es eine gewaltige Weiterbildungsoffensive. Die Politik muss einen sozial ausgewogenen und erfolgreichen Übergang in neue Beschäftigungsverhältnisse erleichtern und Veränderungen bestehender Arbeitsplätze unterstützend begleiten. Dabei gilt es, u.a. durch sozialen Dialog das richtige Gleichgewicht zwischen Flexibilität und Mobilität einerseits und Beschäftigungsstabilität andererseits zu gewährleisten. Zudem muss die Politik dafür sorgen, dass die Menschen mit den notwendigen Kompetenzen ausgestattet sind, um am Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein; sie muss die soziale Sicherung verbessern, damit niemand den Anschluss verliert, und sie muss sich mit den Bedenken auseinandersetzen, die die neuen Formen der Arbeit hervorrufen.



Sozialer Wohlstand und Teilhabe

Auch die Gesellschaft wird digital. Digitale Technologien und Daten geben den Menschen mehr Einfluss, indem sie ihren Informationszugang verbessern und ihnen neue Beteiligungsmöglichkeiten eröffnen. Durchschnittlich 12% der Bevölkerung äußern sich im Internet zu gesellschaftlichen oder politischen Fragen. Allerdings ziehen sich nach wie vor digitale Gräben durch die Gesellschaft. Beispielsweise verfügen nicht einmal halb so viele junge Frauen wie Männer über Programmierkenntnisse. Um den sozialen Wohlstand zu steigern, sollte die Politik solche Unterschiede verringern, z.B. durch eine verstärkte Vermittlung von Grundkompetenzen und durch lebenslanges Lernen. Dabei gilt es, alle einzubeziehen – vor allem Frauen, Senioren und Geringverdiener – und zugleich Gefahren wie Cyber-Mobbing und Desinformation zu begegnen. Digitale Technologien können zudem bei der Bewältigung gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen helfen, etwa indem sie Energieeffizienz fördern oder die Gesundheitskosten verringern, z.B. durch mobile Gesundheitstechnologien.



Vertrauen im digitalen Zeitalter

Vertrauen ist die Basis des digitalen Wandels. Fast 30% aller Internetnutzer geben aufgrund von Sicherheits- und Datenschutzbedenken keine persönlichen Daten in den sozialen Medien preis. Zugleich lesen nur 17% der Nutzer von Peer-Plattformen (z.B. zur Wohnungsvermietung) die allgemeinen Geschäftsbedingungen in voller Länge. Dies lässt darauf schließen, dass wirkungsvollere Maßnahmen für den Verbraucherschutz im Internet notwendig sind. Um das Vertrauen zu erhöhen, sollte die Politik Privatpersonen und Organisationen darin unterstützen, besser mit digitalen Sicherheits- und Datenschutzrisiken umzugehen, und auf einen besseren Verbraucherschutz im Internet hinwirken. Nationale Strategien können eine gesamtgesellschaftliche Perspektive fördern und grenzüberschreitende Datenströme erleichtern, z.B. durch interoperable Datenschutzregelungen.



Offene digitale Märkte

Digitale Technologien und Daten verändern die Wettbewerbs-, Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen den Unternehmen. Grenzüberschreitende Übernahmen haben in digitalintensiven Branchen im Zeitraum 2007-2015 um 20 Prozentpunkte stärker zugenommen als in anderen Wirtschaftszweigen. In sehr digitalintensiven Branchen ist der Gewinnaufschlag der Unternehmen – d.h. die Differenz zwischen dem Preis, den ein Unternehmen für seine Produkte oder Dienstleistungen verlangt, und den Kosten, die ihm je zusätzliche Produktionseinheit entstehen – zudem um 55% höher als in der übrigen Wirtschaft. Um die Offenheit und Dynamik digitaler Märkte zu stärken, sollte die Politik Handels- und Investitionshindernisse verringern, offene Finanzmärkte fördern, auf die Veränderung der Wettbewerbsdynamik, z.B. infolge einer zunehmenden Konzentration, reagieren und steuerliche Herausforderungen durch effektivere internationale Zusammenarbeit angehen.

Keine dieser Maßnahmen kann von den anderen losgelöst die gewünschten Ergebnisse bringen. Die Staaten müssen eine umfassende Strategie für den digitalen Wandel verfolgen, die zusammen mit einem entsprechenden Governancekonzept eine effektive Koordination zwischen verschiedenen Politikfeldern sowie zwischen sämtlichen betroffenen Akteuren ermöglicht. Entscheidende Elemente einer erfolgreichen Strategie für den digitalen Wandel sind eine strategische Vision, klare Prioritäten und Zielsetzungen, messbare Zielwerte, ausreichende Etats sowie eine gründliche Fortschrittskontrolle und Politikevaluierung.

Der Bericht erörtert einige der drängendsten und schwierigsten Fragen, die es zu lösen gilt, damit der digitale Wandel positiv zum Wachstum und zur Lebensqualität beitragen kann. Er zeigt aber auch eine globale Agenda für die digitale Zukunft auf, die helfen soll, neue komplexe Fragen besser zu verstehen und zu bewältigen. Diese Agenda befasst sich mit folgenden Punkten: neue Wettbewerbsdynamik, Datenschutz, Daten und grenzüberschreitende Datenströme, wachsende Ungleichheiten im Kontext des digitalen Wandels, Vertrauen in den Staat, Demokratie im digitalen Zeitalter und Zukunft der Unternehmen. Darüber hinaus gilt es weiterhin, eine bessere Messung des digitalen Wandels zu gewährleisten, damit sich künftige Politikentscheidungen auf verlässliche Daten stützen können.



From:
Going Digital: Shaping Policies, Improving Lives

Access the complete publication at:
<https://doi.org/10.1787/9789264312012-en>

Please cite this chapter as:

OECD (2020), "Zusammenfassung", in *Going Digital: Shaping Policies, Improving Lives*, OECD Publishing, Paris.

DOI: <https://doi.org/10.1787/1aa3b3a3-de>

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document, as well as any data and map included herein, are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area. Extracts from publications may be subject to additional disclaimers, which are set out in the complete version of the publication, available at the link provided.

The use of this work, whether digital or print, is governed by the Terms and Conditions to be found at <http://www.oecd.org/termsandconditions>.